Fuldaer Erklärung zur Prävention von Gewalt gegen ältere und versorgungsbedürftige Menschen im häuslichen Umfeld

(Kurzfassung)

Am 30.05. und 01.06.2012 haben sich Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis auf Einladung des Public Health Institutes in Fulda getroffen, um über die Möglichkeiten der Vermeidung von Gewalt gegen ältere und pflegebedürftige Menschen sowie Beispiele guter Praxis zu diskutieren. Sie konstatierten geschlossen, dass Gewalt gegen ältere und versorgungsbedürftige Menschen ein schwerwiegendes soziales Problem ist, das einer vermehrten gesellschaftlichen Aufmerksamkeit und eines entschiedenen politischen Handelns bedarf.

Gewalt gegen Pflegedürftige ist ein gesellschaftlich relevantes Problem

Ein erhöhtes Risiko von Gewalt haben alle Menschen, die aufgrund körperlicher oder kognitiver Einschränkungen auf Hilfe oder Pflege durch Dritte abhängig sind. Ein für Intervention und Forschung besonders schwer zugängliches Setting ist das häusliche Umfeld und wiederum darin, die psychische, körperliche, sexualisierte Gewalt oder Vernachlässigung, die von Angehörigen ausgehen kann. Schätzungen zufolge widerfährt in Deutschland jedes Jahr ca. 80.000 älteren Menschen Gewalt, die auf Pflege oder Versorgung durch Angehörige angewiesen sind.

Vielversprechende Ansätze sind entwickelt

In Zusammenarbeit von Forschung und Praxis konnten Präventionsstrategien für Gewalt gegen ältere, pflegebedürftige Menschen entwickelt werden. Neben Praxisempfehlungen und –initiativen existieren z. B. Instrumente zum Erkennen und Dokumentieren von Gewaltereignissen sowie praxiserprobte Schulungsunterlagen und Trainingsmodule für Gesundheits- und Sozialberufe.

Dennoch fehlen klare politische Impulse, rechtliche Rahmenbedingungen und ein koordiniertes Vorgehen zur Verhinderung von Gewalt insbesondere im häuslichen Umfeld. Wir fordern deshalb:

Ein Klima des Respekts und der Anerkennung

Prävention braucht eine verbindliche, rechtlich geregelte und eine spürbare gesellschaftliche Übernahme der Verantwortung für Sicherheit, Gesundheit und Wohlbefinden von älteren und versorgungsbedürftigen Menschen. Zentraler Bestandteil der Würde jeder und jedes Einzelnen ist der Erhalt von Selbstbestimmung sowie der körperlichen und seelischen Unversehrtheit. Gewalt darf gesellschaftlich nicht toleriert werden, das gilt auch für körperliche, psychische, soziale und ökonomische Gewalt oder Vernachlässigung gegenüber Pflegebedürftigen.

Eine Verbesserung der Sicherheit durch klare rechtliche Regelungen

Menschen, die auf die Unterstützung und Pflege von Angehörigen angewiesen sind, leben in Abhängigkeitsverhältnissen, die es ihnen schwer machen, sich gegen Gewalt zu wehren, auf Gewalt aufmerksam zu machen oder Schutz von außen in Anspruch zu nehmen. Die bislang geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen zur Sicherstellung einer gewaltfreien Pflege durch Angehörige sind unzureichend. Den Veränderungen im Kinderschutz vergleichbare Regelungen und Strukturen, die die Selbstbestimmung pflegebedürftiger und älterer Menschen respektieren und Sicherheit gewährleisten, müssen auch für den Schutz versorgungsbedürftiger älterer Menschen geschaffen werden. Eine staatliche Stelle sollte verbindlich Fallverantwortung übernehmen.

Eine aktive Rolle der professionellen Pflege in der Unterstützung Angehöriger

Professionell Pflegende können in der Prävention von Gewalt und bei der Intervention wichtige Aufgaben übernehmen. Sie können pflegende Angehörige beraten und unterstützen, um Belastungsreaktionen vorzubeugen und konfliktreiche Pflegesituationen zu deeskalieren. Sie können kriminelle Handlungen gegenüber Pflegebedürftigen an Akteure im Hilfesystem kommunizieren, um Schutz zu gewährleisten. Dies erfordert ein Assessment des Gewaltrisikos und setzt das strukturierte Erkennen und Dokumentieren von Gewaltfolgen voraus. Damit professionell Pflegende diesen Aufgaben nachkommen können, ist es unerlässlich, dass Gewaltfreiheit in das interne Qualitätsmanagement der Pflegeeinrichtungen aufgenommen und dass ein Assessment von Gewaltrisiken obligat wird. Für die Umsetzung benötigen Pflegedienste finanzielle Unabhängigkeit, um gegenüber pflegenden Angehörigen nicht in Rollenkonflikte zu geraten, zudem Handlungssicherheit in Form von Wissen über Gewalt und rechtliche Aspekte, Kompetenzen im Umgang mit gewaltgeprägten Situationen und Hilfsmitteln, die ein strukturiertes Handeln unterstützen.

Um in Fällen von Gewalt erfolgreich intervenieren zu können, braucht es eine enge Zusammenarbeit verschiedener Akteure. Grundvoraussetzung dafür ist, dass für die Problematik sensibilisiert wird und dass klare Zuständigkeiten dafür existieren und bekannt sind. Eine Finanzierung der Hilfestrukturen muss gewährleistet sein.

Eine wissenschaftliche Grundlage für Weiterentwicklung bisheriger Strategien

Gewalt gegen ältere und pflegebedürftige Menschen muss als ein Public Health Problem verstanden werden und bedarf der für Public Health Strategien grundlegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse über das Ausmaß des Problems und seiner Verteilung in der Bevölkerung, die prospektive Abschätzung der Auswirkungen von Veränderungen der Rahmenbedingungen, den Nachweis der Wirksamkeit von Interventionen sowie eine Abschätzung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses von Maßnahmen. Dies sollte trotz der Schwierigkeiten zum Zugang ins Feld realisiert werden.